

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Werksausschusses der citeq
am Donnerstag, **27.06.2013**, 17:00 Uhr - 18:00 Uhr,
Citeq, Scheibenstraße 109, 48153 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Marliese Kosmider , Christian Moll , Antonius von Schierstaedt ,

von der SPD-Fraktion

Anne Schulze Wintzler ,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Jürgen Lemke Vertretung für Herrn Otto Reiners,

von der FDP-Fraktion

Martin Gerhardy Vertretung für Herrn Jens-Ulrich Lenski,

von den Piraten

Markus Barenhoff , Sebastian Kroos ,

Mitglieder

Ludger Banken ,

Vertreter/innen der Beschäftigten

Michael Felkl , Norbert Spichala ,

von der Verwaltung

Dietmar Preuß , Stefan Schoenfelder ,

für die Schriftführung

Gerda Laurenz ,

Es fehlten:

Jens-Ulrich Lenski , Otto Reiners , Elisabeth Stremlau ,

Gäste:

Herr Andreas Jürgens zu TOP 4.1 der öffentlichen Sitzung

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Werksausschusses der citeq am 27.06.2013

Tagesordnung

- | | | |
|------------------------|------|--|
| | 1. | Protokoll der letzten Sitzung |
| | 2. | Genehmigung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 4. | Anhörungen |
| <u>V/0320/2013</u>
 | 4.1. | Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Jahresgewinns der citeq zum 31.12.2012
Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia GmbH |
| <u>V/0436/2013</u>
 | 4.2. | Statusbericht zur Umsetzung sämtlicher politischer Anträge, insbesondere zur Organisationsentwicklung, zum E-Government und zur interkommunalen Zusammenarbeit
- Vorlage wird nachgereicht, befindet sich noch im Umlaufverfahren - |
| | 5. | Entscheidungen |
| <u>V/0450/2013</u>
 | 5.1. | Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2013 |
| | 6. | Berichte |
| | 6.1. | Quartalsbericht I/2013 |
| | 7. | Verschiedenes |
| | 7.1. | Zukunftsforum Digitale Bürgerbeteiligung, Open Government und Open Parliament |

Punkt 1 der Tagesordnung**Protokoll der letzten Sitzung**

Zum Protokoll der letzten Sitzung gibt es keine Einwände und es wird somit genehmigt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Genehmigung der Tagesordnung

Zur vorgesehenen Tagesordnung gibt es keine Einwände und sie wird somit genehmigt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Keine.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anhörungen

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0320/2013

Feststellung des Jahresabschlusses und Verwen- dung des Jahresgewinns der citeq zum 31.12.2012 Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Con- cunia GmbH

Herr Jürgens von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia berichtet über die im März bei der citeq durchgeführte Prüfung des Jahresabschlusses. Bei den ausgewählten Schwerpunkten

- Entwicklung des Anlagevermögens,
- Vollständigkeit und Höhe der Rückstellungen,
- Umsatzerlöse sowie
- die periodengerechte Aufwands- und Ertragsabgrenzung

wurden keine Beanstandungen festgestellt.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtleistung um T€ 153 gestiegen. Notwendige und zukunftsichernde Investitionen in Höhe von 4.889 T€ konnten aus dem laufenden Geschäftsjahr finanziert werden. Der Cash Flow der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 6.775 T€. Das Eigenkapital hat sich mit einem Wert von 17,7 % verringert.

Herr Jürgens bewertet die Doppelrolle der citeq als städtisches Querschnittsamt und als IT-Dienstleister für die umliegenden Kommunen als ebenso positiv wie die bestehende und sinnvollerweise noch weiter auszubauende Kooperation mit anderen kommunalen IT-Dienstleistern. Ebenfalls positiv bewertet er auch, dass die citeq mit ihren IT-Maßnahmen die Arbeit der städtischen Ämter und Einrichtungen erleichtert und gleichzeitig auch einen eigenen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts leistet.

Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk konnte erteilt werden.

Zu den Risiken gehört die aus seiner Sicht noch offene Regelung des Bundesfinanzministeriums zum Thema Umsatzsteuerpflicht für Rechenzentren.

Herr Jürgens verneint die Nachfrage von Frau Schulze Wintzler, ob das niedrige Eigenkapital der citeq als kritisch zu bewerten ist. Zwar liegt dieses bei gewerblichen Betrieben in einer Höhe von ca. 30 %, doch ist ein derartiger Wert im öffentlichen Bereich zumeist politisch nicht gewollt und auch nicht sinnvoll.

Eine weitere Nachfrage von Frau Schulze Wintzler an Herrn Schoenfelder bezieht sich auf die im Jahresabschlussbericht aufgeführte Rückstellung für einen Rechtsstreit. Diese Frage möchte Herr Schoenfelder erst nach genauer Prüfung mit dem Protokoll beantworten.

Nachtrag:

Mit einem Softwareunternehmen gab es Differenzen um den Leistungsumfang einer Softwarelieferung für das Amt für Grünflächen und Umweltschutz. Dieser war aus citeq-Sicht unzureichend und wurde unberechtigt mit einem Betrag von knapp 20.000 € berechnet. Letztlich musste ein Gerichtsverfahren über die Sachlage entscheiden. Über den Wert wurde vorsichtshalber eine Rückstellung gebildet. Zwischenzeitlich wurde ein Vergleich geschlossen. Eine Nachlieferung ist erfolgt und die Kosten sind – nach erfolgter Prüfung - anteilmäßig zu zahlen.

Herr Gerhardy fragt nach den Ursachen für den stark gestiegenen Umsatz im Aufgabenbereich Sozialwesen. Die Mehrkosten sind nach Herrn Schoenfelder durch das im Jahr 2012 in Betrieb gegangene Jobcenter der Stadt Münster begründet und werden zu 84 % vom Bund übernommen. Herr Gerhardy bittet um Benennung der konkreten IT-Kosten für das Jobcenter. Herr Schoenfelder sagt zu, diese mit dem Protokoll nachzuliefern.

Nachtrag:

Die IT-Verfahrenskosten des Münsteraner Jobcenters betrugen 319.361,60 € im Jahr 2012.

Herr Banken spricht die für ihn nicht verständlich getroffene Aufteilung der Rückzahlung an. Herr Schoenfelder erklärt, dass es bei der citeq mehrere Wirtschaftspläne gibt: 2 davon beziehen sich allein auf die Stadt Münster (Medienentwicklungsplan [Schul-IT] und Stadtverwaltung). Der dritte Wirtschaftsplan wird eigens für ÖRV-Kooperationsverwaltungen aufgestellt. Die dort erwirtschafteten Überschüsse werden gemäß den jeweiligen Finanzierungsanteilen zurück erstattet.

Der Vortrag von Herrn Jürgens ist dem Protokoll beigelegt.

Nachdem keine weiteren Rückfragen gestellt werden, beschließt der Werksausschuss der citeq einstimmig, dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

II. Finanzielle Auswirkungen:

Der Jahresabschluss der citeq zum 31.12.2012 (Anlage) wird mit der Bilanzsumme von 38.336.274,05 € und einem Jahresüberschuss von 1.189.568,20 € festgestellt.

1. Der Jahresüberschuss 2012 in Höhe von 1.189.568,20 € wird wie folgt verwendet:
793.019,91 € werden an die Stadt Münster ausgeschüttet. An Rücklagen werden insgesamt 396.548,29 € gebildet.
Diese setzen sich wie folgt zusammen:
 - 1.1 Rücklage für die Verzinsung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 331.548,29 €,
 - 1.2 Rücklage für das in 2004 übernommene Kabel- und Telekommunikationsvermögen in Höhe von 65.000,00 €.
2. Der Lagebericht wird zur Kenntnis genommen.
3. Dem Werksausschuss der citeq wird für das Kalenderjahr 2012 Entlastung erteilt.

**Punkt 4.2 der Tagesordnung
V/0436/2013**

Statusbericht zur Umsetzung sämtlicher politischer Anträge, insbesondere zur Organisationsentwicklung, zum E-Government und zur interkommunalen Zusammenarbeit
- Vorlage wird nachgereicht, befindet sich noch im Umlaufverfahren -

Herr Schoenfelder erklärt, dass es über alle Anträge gesehen zwei Themenschwerpunkte gibt.

Dieses ist zum einen die Telearbeit, zum anderen der Bürgerservice.

Zur Telearbeit hat das Personal- und Organisationsamt eine Umfrage bei den städtischen Ämtern und Einrichtungen durchgeführt hat. Allein bei der citeq waren etwa 30 Personen an Telearbeit interessiert. Eine Bewertung von Seiten der Führungskräfte steht aus. Mobilisierung, Flexibilisierung und ein höheres Mitarbeiteralter verändern die heutigen Arbeitsweisen so, dass die notwendigen Anpassungen im Führungsverhalten und in der Organisation zum Thema des diesjährigen Führungsseminars der Team-, Bereichs- und Betriebsleitungen wird.

Zur Verbesserung des Bürgerservices beabsichtigt die Verwaltung ein Konzept zur Konzentration der städtischen Dienstleistungen in einem Bürgerservicezentrum zu erarbeiten: für originär städtische Dienstleistungen und für Beratungsleistungen städtischer Tochterunternehmen. Das Angebot ist zu ergänzen durch einen integrierten Ausbau der Onlinedienste.

Die Onlinedienste können durch Beschlussfassung des E-Governmentgesetzes in Bundestag (April) und Bundesrat (Juni) und die (angekündigte) Integration des Gesetzes in Landesrecht sehr stark ausgeweitet werden. Zukünftig wird eine heute noch in vielen Fällen erforderliche händische Unterschrift nicht mehr erforderlich sein, insofern sich der Antragsteller oder die Antragstellerin durch den neuen Personalausweis oder durch DE-Mail sicher authentifiziert.

Im Rahmen der von Herrn Oberbürgermeister Lewe gestarteten Initiative zur Zusammenarbeit der NRW-Großstädte werden derzeit die erweiterten Online-Potentiale in einem Arbeitskreis von 14 NRW-Großstädten ermittelt. Die Leitung der Arbeitsgruppe „Elektronische Antragsverfahren“ obliegt der citeq. Die Einwohnerzahl der Arbeitsgruppenteilnehmer-Städte liegt insgesamt bei über 6 Millionen.

Neukunde von DataClearing NRW (Behörden-E-Government) ist der Beitragsservice der Landesrundfunkanstalt (ehem. GEZ). Interessierte weitere Kunden sind die IHK und die Polizei NRW. Auf Nachfrage von Herrn Barenhoff nach dem Interesse der Polizei an der Zusammenarbeit benennt Herr Schoenfelder den Datenaustausch zwischen der Polizei und den kommunalen Ordnungsbehörden.

Der Werksausschuss der citeq nimmt die Berichtsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung
Entscheidungen
**Punkt 5.1 der Tagesordnung
V/0450/2013**
Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2013

Ohne Rückfragen beschließt der Werksausschuss der citeq einstimmig:

Beschlussvorschlag:**I. Sachentscheidung:**

Zur Prüfung des Jahresabschlusses der citeq zum 31.12.2013 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia GmbH, Grevenener Straße 105, 48159 Münster, bestellt.

II. Kosten / Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Kosten der Prüfung mit einem Gesamtbetrag von 19.000,00 € (zzgl. entstehender Auslagen und zzgl. MwSt.) als Rückstellung im Jahresabschluss zum 31.12.2013 berücksichtigt sind.

Punkt 6 der Tagesordnung**Berichte****Punkt 6.1 der Tagesordnung****Quartalsbericht I/2013**

Herr Schoenfelder erklärt, dass - wie in jedem Jahr - der erste Quartalsbericht noch nicht besonders aussagekräftig ist. Bei Vorlage des zweiten Quartalsberichts wird es einen detaillierteren Bericht geben.

Der Werksausschuss nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung**Verschiedenes****Punkt 7.1 der Tagesordnung****Zukunftsforum Digitale Bürgerbeteiligung, Open Government und Open Parliament**

Die citeq hat am Zukunftsforum Digitale Bürgerbeteiligung, Open Government und Open Parliament am 17.05.2013 in Düsseldorf teilgenommen, das vom Ministerium für Inneres und Kommunales organisiert wurde.

Auf der Veranstaltung hat sich das Land zu einer Umkehrung des bisher eher abgeschotteten Umgangs mit den Landesdaten bekannt. Während heute bewusste Einzelfallentscheidungen zur Datenveröffentlichung getroffen werden, soll es zukünftig erforderlich werden, eine Nicht-Veröffentlichung zu begründen.

Bei den technischen Umsetzungen möchte das Land das seit der CeBIT 2013 bestehende Bundesportal Govdata – Daten für Deutschland berücksichtigen, zu dem die Stadt Münster bereits Daten zu städtischen Dienstleistungen und Zuständigkeiten zugeliefert hat. Derzeit wird verwaltungsintern über die Veröffentlichung von georeferenzierten Daten zu Aufbruchmeldungen (Straßen-Bauarbeiten zur Behebung von Schäden oder zur Verlegung von Rohren, Kabeln etc) diskutiert, um eine verbesserte Koordination der jährlich etwa 3000 Aufbrüche in Münster zu ermöglichen.

Eine Landesabsicht zu einer engeren Beteiligung oder Einbeziehung der NRW-Kommunen war – zumindest in konkreter Form – nicht erkennbar.

Weiterhin hat sich die citeq an einer Veranstaltung des Bundesverbandes kommunaler IT-Dienstleister Vitako zu einem neuen Standard für Ratsinformationssysteme beteiligt. Anwesend waren eine Vielzahl kommunaler IT-Dienstleister aus mehreren Bundesländern und einige Hersteller von Ratsinformationssystemen (auch SOMACOS, Hersteller des in Münster eingesetzten Ratsinformationssystems Session). Vereinbart wurde die kurzfristige Entwicklung eines – an der aktuellen Kölner Praxis orientierten - Standards für Ratsinformationssysteme (OParl).

Dieser ermöglicht es, die Ratsinformationsdaten zu öffentlichen Sitzungen automatisiert auszu-lesen und maschinell weiter zu verarbeiten. Hierdurch können sich Bürgerinnen und Bürger gemäß ihrer Interessensprofile im Vorfeld zu allen Ratssitzungen informieren lassen, in denen ihre Interessensgebiete angesprochen werden.

Herr Barenhoff nennt als weiteres Anwendungsbeispiel die Recherche nach Ratsvorlagen anderer Kommunen. Es sei möglich und sinnvoll, bei der Erstellung neuer Ratsvorlagen auf in anderen Kommunen geleistete Vorarbeiten aufzusetzen.

Nach Verfügbarkeit des Standards OParl und dem bekannt werden des entstehenden Aufwands ist darüber zu entscheiden, ob OParl auch in Münster genutzt werden soll.

Marliese Kosmider
Vorsitz

Gerda Laurenz
Schriftführung